Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh**, **Mittwoch** und **Sonnabend Mittag**. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends** 5 **Uhr**, **Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags** 10 **Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 125. Sonnabend, den 10. August. 1867

Preußische Sieges-Chronik 1866.

(Fortsetzung)

10. August: Die Friedenshoffnungen werden durch folgende Nachricht des französischen Siècle erschüttert: In Voraussicht der beträchtlichen Vergrößerung Preußens hat Frankreich mit dem Berliner Kabinet Vorbesprechungen bezüglich der Rheingrenze eröffnet. Preußen habe bislang nicht geglaubt, die französichen Vorschläge entgegennehmen zu können.

" Die Friedensverhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich werden zu Prag eröffnet.

12. August: Zwischen Oesterreich und Italien wird Waffenstillstand bis zum 9 September geschlossen.

(Fortsetzung folgt.)

Die in Aussicht stehenden Steuererhöhungen.

Während in diesem Augenblicke auf dem politischen Gebiete in Paris an Dementirungen Kunststücke gemacht werden, welche nicht nur Erstaunen erregen, sondern auch geeignet sind, den Wenigen, welche noch solchen offiziösen Dementirungen einige Bedeutung beilegten, die Augen zu öffnen, müssen sich unsere Offiziösen zur Uebung mit den wirhschaftlichen Fragen beschäftigen, um das Volk in Bezug auf drohende Steuererhebungen zu beruhigen. Sie versichern uns, daß es böswillige Verleumdung ist, wenn man von einer erhöhten Auflage auf Tabak spreche, während es sich doch nur um eine Ausgleichung (ein gefährliches Wort seit der Grundsteuer-Ausgleichnng) handle; sie wollen auch nichts von von einer Erhöhung der Steuern auf Bier, Brandwein und Wein wissen, und sie betheuern, daß wenn davon etwas in dem neuen Zollvereinsvertrag stände, dies nur eine Vorsicht sei, um sich die Möglichkeit einer solchen Steuervermehrung offen zu halten.

Wir gestehen, daß uns solche offen gehaltene Möglichkeiten in Steuersachen stets mißtrauisch machen; bei der feststehenden Thatsache, daß bis jetzt noch niemals eine kontinentale Regierung über einen Ueberfluß an Geld, welcher sie zu Steuerreduktionen nöthige, geklagt hat, ist Hundert gegen Eins zu wetten, daß sich ein Finanzminanzminister finden wird, der seinen Finanzberechnungen die Ausnutzung dieser „Möglichkeit" zu Grunde legt, und deshalb scheint es uns Pflicht, diesen Steuer-„Ideen" so ins Auge zu sehen, als ob die Regierung schon die, ihre Einführung betreffenden Gesetze den Volksvertretern zur Berathung vorgelegt hätte.

Was also will man besteuern? Den Tabak, den Wein, das Bier und den Brauntwenn. Sind dies geeignete Steuerobjekte? Die Finanzmänner, welche die Steuern auf diese Gegenstände vorgeschlagen haben, werden diese Frage gewiß mit Ja beantworten, und sie werden dieses Ja damit brgründen, daß sie behaupten, die genannten vier Gegenstände seien erstens deshalb gute Steuerobjekte, weil der starke Verbrauch derselben selbst bei einer geringen Steuer schon einen hohen Ertrag verspreche und zweitens weil dieselben Luxusgegenstände seien, deren Genuß man vermeiden könne, so daß Niemand die Steuer gegen seinen Willen zu bezahlen brauche.

Das Unrichtige einer solchen Rechtfertigung liegt auf der Hand. Entweder ist der Verbrauch jener Artikel so groß, daß selbst eine niedrige Steuer einen großen Ertrag bringt, dann sind die Artikel nicht Luxus-Artikel sondern Consumtions-Artikel, oder die vier genannten Artikel sind Luxus-Artikel, und dann ist der Verbrauch beschränkt und wird durch jede Steuererhöhung noch beschränkter, so daß nur durch eine sehr hohe Steuer ein namhafter Ertrag erzielt werden könnte. In einem solchen Kreise dreht sich die offiziöse und halboffiziöse Beweisführung für die Besteuerungsfähigkeit von Tabak nnd geistigen Getränken; aber das wird die Regierung wahrscheinlich nicht abhalten, dem demnächst zusammentretenden Zollparlament die neuen Steuerprojekte vorzulegen, und es wird die Freunde der Regierung, welche alles, selbst die Steuern, stark haben wollen, nicht abhalten, dafür zu stimmen, und deshalb ist es doch vielleicht gut, dem Volke vor den Wahlen recht eindringlich in's Gemüth zu führen, um wieviel ihm bei Annahme der neuen Steuerprojekte die nothwendigen Genußmitttel vertheuert resp. sein Genuß eingeschränkt werden würde.

Eine solche Zusammenstellung wollen wir hier geben, und zwar legen wir, da wir vorzüglich die Majorität des Volkes im Auge haben und nicht die glücklich situirte Minderheit, welche von allem das feinste und theuerste consumirt, derselben die Preissteigerung zu Grunde, welche die billigeren Sorten jener Genußmittel erfahren werden.

Die Cigarren und der Rauchtabak werden einen Preisaufschlag von circa 50 pCt. erfahren, wie wir früher schon nachgewiesen haben, d. h. der Raucher muß entweder jährlich die Hälfte mehr für Cigarren und Taback ausgeben als bisher, oder er muß auf ein Drittel seines Genusses verzichten.

Der Wein soll mit Thalern (genau 2 Thlr. $23^1/_3$ Sgr.) pro Ohm besteuert werden; das macht auf die Flasche etwa 7 Pf. Nimmt man nun den Werth des leichten Landweines, wie er in den Rheinlanden vorzugsweise getrunken wird, auf $2-2^1/_2$ Sgr. die Flasche an, so giebt dies eine Preissteigerung von 25 pCt., d. h. der Weintrinker in jenen Ländern muß künftig für sein Getränk im Jahre $^1/_4$ mehr ausgeben wie bisher, oder er muß auf $^1/_5$ seines Genusses verzichten.

Das Bier soll mit 1 Thlr. 15 Sgr. pr. Ohm besteuert werden, d. h. das Seidel mit $2^1/_2$ Pf., die ganze Flasche Bier mit $4^1/_2$ Pf. Es ist dies eine Preissteigerung um etwa 15 pCt., der Biertrinker würde also, wenn er seine Ausgaben nicht vermehren will auf $^1/_7$ seines Genusses verzichten müssen.

Der Branntwein soll mit 10 Thlr. pr. Ohm (50 pCt. Tr.) versteuert werden. Es entspricht dies ungefähr einer Besteuerung von $1^1/_2$ Sgr. pr. Quart Branntwein, d. h. eine Vertheurung um $33^1/_3$ pCt.; es würde also der Branntweintrinker auf $^1/_4$ seines Genusses verzichten müssen.

Sehen wir nun für den Augenblick auch ganz ab von den wirthschaftlichen Nachtheilen, welche dem Lande aus der verminderten Consumtion und der damit zusammenhängenden verminderten Production erwachsen, und betrachten wir nur die Verminderung des Genusses, welche den einzelnen bevorsteht, so finden wir:

Der Raucher muß auf $^1/_3$ seines Genusses verzichten.

Der Weintrinker muß auf $^1/_5$ seines Genusses verzichten.

Der Biertrinker muß auf $^1/_5$ seines Genusses verzichten.

Der Branntweintrinker muß auf $^1/_4$ seines Genusses verzichten.

Zur Situation.

— **Zur französisch-östreichischen Allianz** Aus der Feder eines in Lyon wohnenden, namhaften Oesterreichers bringt die „Augsb. Allg. Ztg." einen Brief über die Aussichten, welche sich für Oesterreich aus einer Allianz mit Frankreich ergeben würden. Wir entnehmen dem Artikel folgende Sätze: „Der Ausgangspunkt und der Kern von allem, was jetzt die internationale Sphäre erfüllt, ist die furchtbare Ueberraschung der Franzosen über die plötzliche Machtentfaltung Deutschlands. Sie sind erfüllt von Wuth und Schaam, daß es bis zu Zweifeln über ihre unbedingte Superiorität auf dem Continente gediehen ist. Jeder Franzose klammert sich mit allen seinen Kräften und Sinnen an die Hoffnung dieses verlorene Prästigium wieder zu erlangen — und zwar durch die abermalige Vernichtung der Macht an den Grenzen. Das Facit dieser Erscheinung ist demnach ganz einfach: Deutschland hat einen ungemeinen großen Triumph gefeiert und steht in diesem Augenblicke Frankreich gegenüber in dem von den Franzosen selbst getheilten Bewußtsein vollkommener Unabhängigkeit und Ebenbürtigkeit. Dieses Ziel ist erreicht worden auf Kosten der Theilnahme Oesterreichs an der staatlichen Einheit Deutschlands — aber doch nun und nimmermehr an den Geschicken Deutschlands. Oesterreich ist nun Frankreich gegenüber theils von den Grenzen entfernt, theils in seinem Machtumfange geschwächt. Es ist zunächst kein Gegenstand directer Eifersucht mehr, also und nur deshalb ist die Feindschaft gegen Oesterreich, die alte, böse, neidische Feindschaft, suspendirt. Sieht das nicht jeder Oesterreicher klar vor Augen? Aber weiter — dieses von Seiten Frankreichs verfolgte, zerzauste, gedrängte Oesterreich könnte den Franzosen, wenn es wollte, jetzt dienen, um das Alles wieder zu zerstören. Der letzte verzweifelte Versuch Frankreichs, noch vor gänzlicher Consolidiruug der neuen Zustände den Verfall herbei zu führen und sich so allein mächtig zu wissen, wie sie es absnlut will, diese herrschsüchtige Race — der letzte Versuch ist, sich an seinen Erbfeind heran zu schmeicheln und mit ihm an's Werk zu gehen. Was thun also die Franzosen, indem sie Oesterreich auf das perfideste schmeicheln (man muß nur im Lande hören, wie das Stichwort der Franzosen für jeden Gegner im Kampfe lautet: „un Autrichien") nnd Oesterreich glauben machen, daß sie von großer Freundschaft und rührender Theilnahme beseelt sind? Was thun die Franzosen? Sie arbeiten wieder frisch anf eine neue Manier an der Untergrabung deutscher Einheit, deutscher Macht und deutschen Glückes. Und Oesterreich will sich dazu hergeben, will auf diesem Wege die Herzen der Deutschen wieder gewinnen? Kann denn ein Oesterreicher aufrichtig glauben, daß, wenn es gelingen sollte, im Bunde mit Frankreich Preußen zu demüthigen, Deutschland auf's neue zu zerstückeln, zu vernichten, daß dann Frankreich mit einem ritterlichen Abschiedskusse von seinem geliebten Bruder scheiden würde und ihm die weite Herrschaft überließe, die es eben aus Preußens Hand mit ihm gemeinsam gerissen hat, damit sie nicht an seinen Grenzen existire! Das ist ja ein ganz handgreiflicher Widerspruch. Augenblicklich würde sich die alte Feindschaft wieder herausstellen und ganz gewiß vor dem Friedensschlusse in perfider Weise. Der Rhein würde französisch, die kleinen Staaten würden, unter dem Vorwande höchsten Mitleids, höchster Sorge um sie, in einen Bund gestaltet, und wer würde diesen Bund tyrannisiren? Das hochmüthige, siegreiche, an den Rhein vorgerückte Frankreich oder das Oesterreich, das mit Hülfe rother Hosen wieder zu seinem Einflusse gelangt wäre? Gewiß nur Frankreich." — Der Artikel schließt mit dem Satze: „Oesterreich wird von den Franzosen gering geschätzt, sonst würden sie es nicht zu mißbrauchen suchen und Deutschland wird hoch geschätzt, sonst würden sie ihm nicht zu Leibe gehen."

— **Zur nordschleswigschen Frage**. Nachdem die Pariser offiziöse Presse wiederholt betheuert, daß die Beziehungen zu Preußen durch die nordschleswigsche Frage in keiner Weise getrübt seien, Versicherungen, die zuletzt im „Constitutionnel" ihren Ausdruck fanden und von ausführlichen Erörterungen über die Frage, ob Note oder Depesche, begleitet waren, kommt nun auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" und dementirt in einer offiziösen Note zuerst Alles, was sich die „Augsb. Allgem. Ztg. in einer Korrespondenz aus Paris vom 29. Juli über den Verlauf angeblicher Verhandlungen zwischen Paris und Berlin in der schleswigschen Frage hat schreiben lassen; das offiziöse Blatt versichert „in der Lage zu sein, die ganze Darstellung von Anfang bis zu Ende als aus der Luft gegriffen zu erklären." In ähnlicher Weise werden ferner die Anekdoten dementirt, welche die Wiener „Presse" über eine Unterredung zwischen dem preußischen Botschafter und dem französischen Minister gebracht hat. Endlich wird „bedauert", daß durch die „Weser-Ztg." „so irrigen Darstellungen" Raum gegeben, wie sie eine in andere Blätter übergegangene Berliner Korrespondenz dieses Blattes vom 2. d. Mts. enthält. Es heißt in dieser Beziehung:

Wir stehen nicht an, den Anschein guter Quellen den dieser Artikel trägt, als einen trügerischen zu bezeichnen und können, abgesehen von anderen Unrichtigkeiten versichern, daß die angebliche Instruktion des Grafen Bismarck nicht existirt; daß von der preußischen Regierung ein ähnlicher Schritt überhaupt nicht

gethan zu werden brauchte, da ihr keine Veranlassung dazu gegeben wurde. Die Aeußerung der kaiserlich französischen Regierung gegen ihren Gesandten war nach Form und Inhalt nicht von der Art, um weitere Schritte hervorzurufen, und die preußische Regierung hat weder Ursache gehabt, noch gegeben, um den Frieden, wie jener Artikel es darstellt, als bedroht anzusehen. Wir hegen keinen Zweifel, daß die friedlichen Gesinnungen, von denen wir Preußen und seine Regierung beseelt wissen, auch auf französischer Seite erwidert und getheilt werden.

Dieses etwas späte Dementi und die daran geknüpfte Bemerkung entspricht wohl der Insinuation der „France“, daß in Erwiderung der „Moniteur“-Noten auch von der offiziösen Presse in Preußen Erklärungen über die Nothwendigkeit, die guten Beziehungen zwischen Frankreicht und Preußen aufrecht zu erhalten, würdeu abgegeben werden.

— **Zur kandiotischen Frage** Das „Journal de St. Petersbourg“ erklärt unumwunden: es sei zu spät für eine einfache Autoromie unter einem türkischen Gouverneur; diese sei nur möglich nach einem vollständigen Siege Omer-Paschas, welchem dieser aber vergeblich nachjagt. Wenn die Türkei noch einiges Verständniß für die Lage habe, werde sie möglichst schnell auf den Besitz Kreta's verzichten, denn lange könne sie denselben nicht mehr erhalten; nach den begangenen Excessen — worüber gleichzeitig in einem langen Berichte aus Athen die schauderhaftesten Details mitgetheilt werden — könne auch von einer Rettung der Waffenehre nicht mehr die Rede sein.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Berlin. Die „Prov.-Korresp.“ schreibt: „Nach Zeitungs-Mittheilungen und auswärtigen Berichten sind über das Verhalten des preußischen Minister-Residenten in Mexiko Freih. v. Magnus mancherlei Angaben in die Oeffentlichkeit gelangt. Zur Abwehr voreiliger Urtheile muß bemerkt werden, daß unsere Regierung bis jetzt noch keine zuverlässige Angaben über die Schritte ihres dortigen Vertreters in Händen hat. Die letzten amtlichen Berichte des Freiherrn v. Magnus stammen vom Ende des Monats März. Seit dieser Zeit ist der Regierung durch Vermittelung des preußischen Konsuls in Mexiko nur das Bruchstück eines Berichts vom 31. Mai zugegangen, an dessen Vollendung der genannte Diplomat durch die Nothwendigkeit seiner schleunigen Abreise aus Mexiko verhindert ward. Bekanntlich hat unsere Regierung telegraphisch an ihren Vertreter die Weisung gerichtet, das mexikanische Gebiet zu verlassen und mit dem Schutz der dort weilenden Deutschen eine befreundete Macht zu beauftragen. Die nähere Bestimmung hierüber mußte dem Ermessen des preußischen Ministerresidenten anheim gegeben werden, da von hier aus nicht zu beurtheilen war, welche Macht zur Uebernahme des Auftrages unter den dort obwaltenden Verhältnissen geeignet sein möchte. Uebrigens weiß man hier noch nicht, ob und wo die angegebene Weisung den Freiherrn v. Magnus erreicht hat, wie es denn über das Verbleiben desselben zur Stunde noch an jeder verbürgten Nachricht fehlt.“ Bekanntlich war aus mehreren Handelsstädten bei der Regierung angefragt worden, dem Schutze welcher Macht nach der Abberufung des Herrn v. Magnus die Deutschen in Mexiko anvertraut worden seien. Die vorstehende Antwort der „Prov.-Korr.“ ist keine besonders tröstliche. Die Regierung hat diese Sache Herrn v. Magnus überlassen und weiß selbst nicht, was von ihm darin geschehen sein mag. Da der preußische Minister-Resident bei seinen letzten Bemühungen in Mexiko offenbar von Seiten des Präsidenten Juarez größere Rücksicht erfahren hat, als die übrigen europäischen Vertreter, so hätte es den Interessen der dortigen Deutschen wohl am Meisten entsprochen, seine Abberufung überhaupt nicht zu beeilen, sondern ihn bis zur Klärung der Dinge eine gewisse halboffizielle Wirksamkeit fortsetzen zu lassen. Die unbefangene Stellung Preußens zu Oesterreich wie zu Frankreich hätte ihm vielleicht Gelegenheit gegeben, auch weiterhin über seine engere Aufgabe hinaus eine wohlthätige Vermittelung in rein humanem Interesse zu üben.

— Zur Finanzlage enthält die „Prov.-Korr.“ folgende Mittheilung: „Aus den Vorarbeiten, welche zur Aufstellung der Etats für das Jahr 1868 gefertigt sind, läßt sich gegenwärtig so viel übersehen, daß es zur Deckung der erhöhten Anforderungen an die Staatskasse keiner neuen Steuern oder Steuererhöhungen bedürfen wird. Wenn in der Presse mehrfach davon die Rede gewesen ist, daß im laufenden Jahre, ebenso wie im Jahre 1866, ein Defizit im Staatshaushalt vorhanden sei, so beruhen diese Mittheilungen auf Irrthum. Für das Jahr 1866 hat sich im Staatshaushalte (abgesehen von den Einnahmen und Ausgaben, welche durch den Krieg veranlaßt sind) ein Gesammt-Ueberschuß von 7,980,000 Thlrn., einschließlich der Ueberschüsse aus der Restverwaltung, ergeben. Ebenso ist im laufenden Jahre, nach dem Abschlusse im ersten Semester, ein Defizit nicht vorhanden; im Gegentheil werden die etatsmäßigen Ausgaben von den ordentlichen Einnahmen noch überstiegen.“

— Bei einer neulichen sehr gründlichen Schießprüfung der verschiedenen Arten von Hinterladern hat sich nach der „N. Pr. Z.“ das französische Chassepot-Gewehr am wenigsten bewährt.

— Das sog. Arbeiterwahlcomité in Breslau hatte am 5. Abends eine Versammlung berufen, in welcher es zunächst ein Programm vorlegte mit einer Reihe von Forderungen, wie „volksthümliche Gemeindeverfassung, Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Verminderung des stehenden Heeres und dafür Volksbewaffnung ꝛc.“ Der Schlußpassus des Programms lautete: „Indem wir das allgemeine gleiche directe Wahlrecht mit geheimer Abstimmung als willkommene Waffe zu gebrauchen entschlossen sind, können wir im Norddeutschen Bunde unter preußischer Militärherrschaft nicht den Ausdruck der deutsch-nationalen Idee erblicken, sondern werden mit allen gesetzlichen Mitteln danach streben, den im Programm angedeuteten deutschen Volksstaat herbeizuführen, und werden, wann und wo dies nöthig erscheint, aus dem Arbeiterstande unsere Vertreter wählen. Nach Verlesung dieses Programms, berichtet die „Br. Z.“, beanstandete der beaufsichtigende Polzeibeamte die Diskussion zunächst über den Schlußsatz: „Indem wir ꝛc. ꝛc.“ bis „wählen“. Der Vorsitzende verliest das Programm nunmehr ohne diesen Schlußsatz, worauf der Polizeibeamte erklärt, auch den Passus „Verminderung des stehenden Heeres ꝛc.“ nicht zur Diskussion zulassen zu dürfen, so weit sich an derselben Personen betheiligen, welche noch dem Militärverhältniß angehören. Es entsteht nun die Frage, ob das Programm überhaupt, ob mit den beregten Auslassungen diskutirt oder en bloc angenommen werden soll? Die Versammlung beschließt darauf: „In Erwägung, daß es sich für uns nicht ziemt, durch irgend welche Mittel uns in der Redefreiheit beschränken zu lassen, gehen wir über dieses Programm zur Tagesordnung.“ Dieser Beschluß wird später dahin erklärt, daß nur für diese Versammlung die Diskussion abgelehnt ist.

— Unter dem Namen Schlesischer Diäten-Dreier-Verein ist ein Verein für die Provinz Schlesien gebildet, dessen Mitglieder durch wöchentliche Beiträge und Sammlungen von Dreiern einen Fonds bilden, aus welchem freisinnigen Abgeordneten der Provinz Diäten gezahlt werden sollen.

— Der Berliner Korrespondent der „Bresl. Ztg.“ schreibt: Die jetzige umfangreiche Entlassung ausgedienter Mannschaften und demzufolge die Einstellung einer erhöhten Rekrutenzahl, darf als eine Vorbereitung für ernste Eventualitäten angesehen werden. Kein Deutscher wird gegen diese Vorsicht Bedenken äußern; aber es macht, nach den langen parlamentarischen Kämpfen in der Militärfrage, einen eigenthümlichen Eindruck, wenn als Vorbereitung zum Kriege die zweijährige Infanterie-Dienstzeit für zweckmäßig erachtet, während für den Frieden an der dreijährigen Dienstzeit festgehalten wird. So lange die Machtfrage zwischen Preußen und Frankreich nicht ausgetragen ist, wird Niemand im preußischen Volke an der Militärverfassung rütteln; aber die zweijährige Dienstzeit wird nicht vom Programm der liberalen Parteien verschwinden, und sie wird in den jetzigen Vorgängen ein unwiderlegliches Argument finden.

— Wie der „H. B. H.“ von hier geschrieben wird, ist der 27. August nur der früheste Termin, welcher für die Bestimmung des Wahlthages in Aussicht genommen ist. Nach Art. 12 der Bundes-Verfassung hat das Bundes-Präsidium den Wahltermin festzusetzen, selbstverständlich unter Berücksichtigung der Ausführbarkeit in den einzelnen Bundesstaaten, mit deren Regierungen darüber möglichstes Einvernehmen herbeigeführt wird. Nach diesen Erörterungen zwischen Bundes-Präsidium und Bundes-Regierungen steht bis jetzt nur fest, daß die Vorbereitungen zu den Wahlen nicht vor dem 27. d. Mts. im ganzen Bundesgebiet beendigt sein werden. Weiter wird demselben Blatte berichtet, daß die Entwürfe, welche dem Bundesrath hier bei seinem ersten Zusammentritt am 15. August vorgelegt werden sollen, ihrer Vollendung in den hiesigen Ministerien nahe sind. Es werde jedoch wohl nur darauf ankommen, die regelmäßige Thätigkeit des Reichstags in Fluß zu bringen, und es sei nicht anzunehmen, daß zu umfangreiches Material vorgelegt werden würde, da man die Dauer der Session nicht über zwei Monate ausdehnen möchte.

Schon allein die erste Feststellung des Bundesbudgets wird von tiefgehender Bedeutung für die ganze fernere Entwickelung der Verhältnisse sein. Im Uebrigen wäre freilich sehr zu wünschen, daß sogleich die ersten Vorlagen nicht blos des neuen Bundesverhältnisses, welche für die kleineren Staaten ja ohne Zweifel drückend genug sind, sondern auch dessen Vortheile in ein genügendes Licht setzen möchten. Die zu bringenden Opfer machen sich überall sofort fühlbar; es ist nothwendig, sie möglichst bald durch die wohlthätigen Wirkungen einer Gesetzgebung auszugleichen, welche die tiefen Schäden, die aus der bisherigen Zersplitterung der deutschen Staaten hervorgegangen sind, in umfassender Weise heilt. Nur diese, jedem praktischen Verstande faßbaren Ergebnisse, werden den Bund als lebendige Macht hinstellen und alle Tadler und Neider verstummen lassen.

— Das Polizeipräsidium hat gegenwärtig die Concession zur Gründung eines allgemeinen Schlachthauses und Viehhofes bei welchem ein Terrain in der Nähe der Berlin-Hamburger Eisenbahnhofes und zugleich dicht an der Spree ins Auge gefaßt ist, definitiv ertheilt. Damit ist die Realisirung des Projekts aber nicht zweifellos, da sich erst eine Actiengesellschaft mit einem Capital von 1,200,000 Thlr. constituiren soll.

Hannover. Der Bürgermeister v. Beesten in Lingen, der als eifriger Katholik sich mit der staatlichen Umgestaltung nicht befreunden wollte, ist von der Regierung vom Amte suspendirt worden. Gegen den ebenfalls katholischen Bürgermeister von Duderstadt, Freericks, der schon einmal während der Okkupation wegen preußenfeindlicher Gesinnung vom Amte suspendirt war und hier auf der Marktwache als Gefangener saß, sind aus dem Schooße der Bürgerschaft so viele Beschwerden erhoben, daß sich zu Untersuchung derselben ein Mitglied der Landdrostei Hildesheim nach Duderstadt begeben hat. — Ein großer Theil der früher hannoverschen Militärärzte ist über seine Zukunft noch immer im Ungewissen. Von den 24 Aerzten, welche sich zum Uebertritt in die preußische Armee gemeldet, haben mehrere die ihnen zugedachten Stellen nicht angetreten, weil sie gegen früher an Gehalt oder an Anciennität erheblich schlechter gestellt waren. Sie haben Reklamationen erhoben, auf die aber, trotzdem schon Monate verflossen, noch keine Antwort erfolgt ist. Ebensowenig haben trotz langen Wartens die Militärärzte eine Entscheidung erhalten, welche um Pensionirung nachgesucht haben. Die Gehalte werden seit Anfang April nicht mehr fortbezahlt und nur Einzelnen ist auf desfallsiges Ansuchen gestattet, einen Vorschuß auf die demnächstige Pension zu erheben.

Hamburg. In einer geheimen Sitzung der Bürgerschaft am 8. d. wurde die Militär-Konvention mit Preußen endgiltig genehmigt.

Nassau. Am 7. d. wurde in Wisbaden der Vereinstag des genossenschaftlichen Provinzial-Vereins am Mittelrhein abgehalten. Die Verhandlungen in der öffentlichen Sitzung, welche von Herrn Prokurator Schenk von Wiesbaden als Präsidenten, und Herrn Anwalt Dr. Jung von Mainz als Vicepräsidenten, geleitet wurden, zeichneten sich durch ihre Raschheit und Klarheit aus. Der von Herru Schulze-Delitzsch als Anwalt der Genossenschaften erstattete Bericht über das Genossenlchaftsgesetz und die dadurch bedingte Revision der Statuten und die sich daran reihenden Berathungen bikdeten den Glanzpunkt. Herr Prokurator Schenk, als Direktor des mittelrheinischen Provinzialverbandes und Vorsitzender des als Vorort fungirenden Wiesbadener Vereins, erstattete Bericht über die Ausdehnung des Verbands und dessen Entwickelung im letzten Geschäftsjahr, während dessen sich die Vereine am Mittelrhein gegenüber der damaligen Geschäftskrisis als ihrer Aufgabe vollständig gewachsen bewährt haben, obgleich ein „großdeutsches“ Blatt in Wiesbaden und ein dito in Frankfurt es an den böswilligsten, auf Kredituntergrabung gerichteten Hetzereien bekanntlich nicht fehlen ließen; denn Wohlstand und Bildung des Volks sind diesen Herren ein Dorn im Auge. Der gestrige und der vorgestrige Abend vereinigte die Mitglieder des Vereinstages und die Freunde der Sache zu einem geselligen Cirkel im Saalbau bei welchem sich auch Damen betheiligten. Ein sehr interessanter Bericht des ebenfalls hier anwesenden Dr. Julius Faucher über die Pariser Ausstellung und die Wohnungsfrage fesselte die Aufmerksamkeit der Anwesenden; ebenso die Vorträge der Herren Schulze-Delitzsch und Dr. Braun, welche auch in das politische Gebiet übergriffen, aber unsern roth maskirten Schwarzen (Adolfiten und Klerikalen) den Beweis lieferten, daß solchen Gegnern, wie sie, gegenüber sofort jeder häusliche Zwist endet und die liberale Partei solidarisch verbunden dasteht.

Oesterreich.

— Zur Konkordatsfrage theilt die „N. fr. Pr. mit: Dem Vernehmen nach hat der Heilige Stuhl die Eröffnung, in welcher die österreichische Botschaft unter vorläufiger Bezeichnung der vorzugsweise in Erwägung zu ziehenden Momente ihm den Wunsch ihrer Regierung kundgegeben, über das Konkordat in Verhandlungen zu treten, sofort dahin beantwortet, daß er in diese Verhandlung einzutreten keinen Anstand nehme, insoferne er voraussetzen dürfe, daß dieselbe den unveräußerlichen Rechten der Kirche Abbruch weder thun solle noch werde. Von Seiten der österreichischen Regierung scheint auch sofort stark betont wordeu zu sein. daß sie sich unter allen Umständen in die Lage versetzt sehen müsse, dem Reichsrath bei seinem Wiederzusammentreten eine Mittheilung über den Stand und die Chancen jener Verhandlung entgegenbringen zu können.“ Uebereinstimmend in den sich im Einzelnen widersprechenden Nachrichten ist nur die allgemein getheilte Annahme, daß die Aussichten auf gütliche Verständigung mit der Kurie sehr schwach sind.

— Ueber die Ernennung des Fürsten Adolph Auersperg an Stelle des Grafen Hartig zum Oberstlandmarschall von Böhmen bemerkt die „Presse“: „Man erinnert sich noch der zahlreichen Tumultsceneu in der letzten Session des böhmischen Landtags, die von den Czechen hervorgerufen wurden, weil der Oberstlandmarschall, nur des deutschen Idioms mächtig, seine Mittheilungen an das Haus durch den Landmarschall-Stellvertreter mußte verdolmetschen lassen. Graf Hartig hat nun auf seine Würde verzichtet, um einem Manne Platz zu machen, der durch genaue Kenntniß beider Landessprachen die Wiederholung ähnlicher, einer parlamentarischen Versammlung ganz unwürdigen Auftritte von vorn herein unmöglich machen könnte. Fürst Adolph Auersperg ist aber andererseits ein entschiedener Anhänger der Verfassungspartei. Indem die Regierung ihn, den Bruder des Präsidenten des Herrenhauses, zum Nachfolger des Grafen Hartig ernannte, deutet sie an, daß wohl den Anforderungen der Parität in Betreff der Sprache, nicht aber den übrigen Ansprüchen der czechischen Malcontenten Rechnung getragen werden solle. Letztere haben sich obenein in jüngster Zeit so sehr gesteigert, daß sie kaum mehr ernstliche Beachtung beanspruchen können. Es scheint, als sei den Herren Czechen schon soweit jede Denkkraft abhanden gekommen, daß sie nicht mehr einzusehen vermögen, daß durch ihr Beginnen gerade die Gefahren heraufbeschworen werden, denen sie entrinnen wollen.“

Moriz Perczel hat die auf ihn gefallene Wahl zum Reichstagsabgeordneten angenommen. Ludwig Kossuth hat dagegen, nach einer Mittheilung des „Avenir National“ aus Pest, das ihm zugedachte Mandat des

Waitzner Wahlbezirks abgelehnt und gedenkt in einem Manifeste die Gründe zu entwickeln, die ihn bestimmen, im Exil zu verbleiben. — Die Amnestie, die nach der Krönung „für Ungarn und die damit verbundenen Länder und Königreiche" erlassen wurde, hatte bisher in Kroatien und Slavonien noch keine Gültigkeit und ist erst jetzt durch eine kaiserliche Entschließung vom 25. Juli auf diese Landestheile ausgedehnt wordeu.

Schweiz.

— Die zahl der in der Schweiz Asyl suchenden flüchtigen Hannoveraner ist jetzt auf 220 gestiegen. Andere sollen noch folgen. Es sind lauter junge, kräftige Leute, die entweder schon Militair waren, oder jetzt unter die Fahne einberufen wurden.

Frankreich.

— In Lyon herrscht seit zwei Tagen eine große Aufregung. Ein höherer Offizier hat sich nämlich dort einer ganz unverantwortlich gewaltthätigen Handlung schuldig gemacht. Mit der Aufsicht der Einübung der Rekruten betraut, wollte er nicht dulden, daß das Publikum zuschaue, und forderte es barsch auf, sich hinweg zu begeben. Ein junger Mann führte den Befehl des Offizies nicht rasch genug und mit einer Miene aus, die für eine Protestation gelten konnte. Sofort sprengte der Offizier auf denselben ein, verfolgte ihn über Feld und schlug ihn, als er ihn erreichte, mit seiner Reitpeitsche über den Kopf, daß er fürchterlich blutend zu Boden stürzte. Mehrere eilten dem jungen Menschen zu Hilfe und brachten ihn zum Polizeicommissar, der ein Protokoll aufnahm.

— Das „Siècle" ist das erste französische Blatt, welche das von Schulze-Delitzsch an das Comité für den Friedenskongreß gerichtete Schreiben bespricht. Das Blatt sagt darüber: „Herr Schulze-Delitzsch fürchtet, daß die Annahme der Einladung ihm in Dentschland als politische Lauheit ausgelegt werden möge. Er schreibt unter dem Eindrucke der Vorstellung, daß die französische Regierung einen gewaltigen Angriff auf Deutschland im Schilde führe und diesem das unbestreitbare Recht absprechen wolle, seine innern Angelegenheiten nach eigenem Ermessen zu ordnen. Diese öffentliche Kundgebung einer solchen Befürchtung verdient um so mehr Beachtung, als sie von einem Manne kommt, dessen Opposition gegen Herrn v. Bismarck allbetannt ist. Wir ziehen daraus nur die eine Folgerung: Wenn die Nachbarvölker Frankreich sich im Besitze einer Regierung wüßten, die durch die Kontrolle der Kammern und der öffentlichen Meinnng ernstlich gebunden wäre, wenn die Freiheiten, die wir stets vergeblich verlangen, der Nation die Mittel an die Hand gäben, um die Regierung zu einer den Wünschen des Landes entsprechenden Politik zu zwingen, so wäre kein Grund mehr für das Fortbestehen all dieser Beunruhigungen und all dieses Mißtraueus vorhauden. Die deutsche Demokratie setzt Vertrauen in das Gerechtigkeitsgefühl des französischen Volkes, allein es fürchtet eine Regierung, die, trotz des Widerstandes der öffentlichen Meinung, einen solchen Krieg wie der mexikanische anzufangen vermochte. Die volle und ungetheilte Zurückerstattung der verkürzten Freiheiten könnte allein das folgende doppelte Resultat herbeiführen: sie allein könnte Frankreich in die Lage setzen allen Angriffsgelüsten zu wiederstehen und ihm das edelste Prästigium, das einer liberalen, voranschreitenden Macht verleihen, andererseits würde sie gleichzeitig das Mißtrauen der Nachbarvölker beschwichtigen. Es wäre dies das einzige Mittel, einer dauerhaften und glorreichen Frieden zu sichern."

— Ein großes Pariser Banquierhaus schließt fast jede seiner Geschäfts-Correspondenzen, in welchen es zu vertraulichen Auslassungen über die politische Constellation Veranlassung nimmt, mit einer Umschreibung des Satzes, daß die gewiegtesten Politiker der französischen Hauptstadt der Meinung sind, bis zum Frühjahr habe Frankreich entweder einen großen Krieg oder eine Revolution; der Kaiser wolle keines von beiden, aber er habe die Ueberzeugung, daß er Eines wählen muß, und da werde er natürlich sich für den Krieg entscheiden. Das Haus warnt besonders vor der italienischen Anleihe, da im Fall eines Krieges Italien finanziel zusammenbrechen müsse.

Provinzielles.

Von der russischen Grenze, 5. Aug., wird der „K. u. Z." geschrieben; Die Flüsse Angerapp, Pissa und Rominte, drüben die Szeschuppe und die Memel, so wie sämmtliche größere und kleinere Bäche sind über die Ufer getreten und wälzen Fluthen wie mächtige Ströme. In Kowno stehen die Straßen unter Wasser, mehrere polnische Dörfer an den Ufern der sehr reißenden Szeschuppe sind vollständig vernichtet. Der Schaden, den diese Ueberfluthungen in unserm, dem Stallupöner Kreise, augerichtet haben, ist sehr groß. Häuser und Brücken sind weggerissen, Heuhaufen und Holzstöße weggeschwemmt und zerstört, viele Saatfelder vernichtet worden. Dazu kommt noch daß eine Seuche unter den Schweinen große Verheerungen anzurichten anfängt. Aus der Gegend von Pillkallen erhielten wir dieselbe schlimme Nachricht. Ein Schwein ist für die Arbeiterfamilien in den Dörfern beinahe eine Lebensfrage, da dasselbe gewöhnlich den Fleischbedarf für das ganze Jahr liefert. Aus Rußland lauten Privatnachrichten günstig. Im Innern in den besten Getreidegegenden ist eine große Hitze gewesen und die Roggen- und Weizenerte sehr gut ausgefallen.

Graudenz, den 7. August. (G. G.) Noch immer beschäffigt sich das Tagesgespräch fast ausschließlich mit dem Kassendiebstahl in den Zwangsanstalten. Wenn man gestern mehrere Personen zusammenstehen sah, konnte man mit Sicherheit annehmen, daß von nichts Anderem die Rede sei. Ist es einerseits das Räthselhafte des Diebstahls, welches auch, nachdem die Person des Thäters bekannt geworden ist, der Phantasie des Publikums noch einen weiten Spielraum giebt, so ist es andrerseits die Thatsache, welche bei Verfolg der Untersuchung die Ermittelung verschiedener Ordnungswidrigkeiten in der Leitung der Anstalt den betreffenden Beamten plötzlich einer gerichtlichen Untersuchung überliefert hat, welche die Theilnahme des Publikums in unzweideutiger Weise hervorruft.

Zur Abholung des des Diebstahls geständigen Sasse ist heute der Kriminalkommissarius Weber nach Ohlau gereist. Sasse hat, wie man hört, angegeben, daß er in der Nacht zum 8. Juli mit der Post hier eingetroffen sei und dann den Diebstahl verübt habe. Ueber die Art und Weise wollte er erst bei seinem gerichtlichen Verhör Aufschluß geben. Am Abend des 8. Juli wurde bekanntlich der Diebstahl entdeckt. Das Geld hat man — die Coupons abgerechnet, welche muthmaßlich vernichtet sind — bis auf ca. 130 Thaler bei ihm vorgefunden, so daß der Verlust, den die Kasse erleidet, ein verhältnißmäßig geringer sein wird.

△ Flatow, den 8. August. Ein junger Landmann in hiesiger Gegend ließ sich von seinem älteren Bruder sein väterliches Erbtheil im Betrage von 3000 Thlr. auszahlen und begab sich kurz darauf mit diesem Kapitale nach Amerika. Nachdem er dasselbe so ziemlich durchgebracht hatte, schrieb er an seinen Beuder und theilte ihm mit, daß er nnweit der Stadt P. ein großes Landgnt augekauft habe, hunderte von Schafen, eine Menge von Pferden und Kühen machen seinen Viehstand aus. Er forderte seinen Bruder auf, sein Grundstück zu verkaufen und sich in seiner Nähe niederzulassen. Dieser aber folgte nicht sogleich dem verführerischen Rufe seines Bruders, er reiste zuvor selbst hin und wollte sich von dem großen Wohlstande überzeugen. Wie wurde ihm aber zu Muth, als er seinen Bruder in zerlumpten Kleidern und in der größten Noth bei der Brettschneiderei antraf.

— Der Herr Regierungs-Präsident Graf zu Eulenburg besuchie unsere Stadt und Krojanke um sich den Wählern vorzustellen. Er forderte alle Anwesenden auf, ihm das volle Vertrauen zu schenken und bei der Wahl zu unterstützen, — denn „wir wollen ja Alle ein selbstständiges unabhängiges Deutschland!"

Verschiedenes.

— Am Sonntag beging die Pfuel'sche Schwimmanstalt in Berlin die Feier ihres 50jährigen Bestehens, während welcher Zeit sie 68,616 Schwimmer aller Nationen und Stände ausgebildet hat, in einer sehr heitern und originellen Weise. Man hatte für die zweite Hälfte des Festes einen schwimmenden Festzug arrangirt, der sich im Wasser zu großer Belustigung des Publikums in Bewegung setzte. Diese Schwimmfahrt wurde von 200 Schwimmern ausgeführt und von einem Musikkorps zu Kahn eröffnet, das von einer Schaar von Schwimmern umgeben wurde, welche als Kopfbedeckung riesige Nymphen-Blüthen trugen. Dieselbe hübsche Dekoration umgab auch einen Muschelwagen, auf welchem goldhaarige Nymphen ab und zu in die feuchte Fluth tauchend ihren Einzug hielten. Ihnen nach schwamm ein Zug von Mohren, schwarz wie die Nacht am ganzen Körper, deren Weißwäsche später viel Mühe kostete. Ein von Pontons getragenes Floß brachte einen Jockey-Klub die Spree herab; eine roth dekorirte Tribüne trug die Inschrift „Großes Jagd-Rennen" und Schwimmer in rothem Frack und schwarzem Cylinderhut, so wie auch im Jockey-Anzug vollführten das Jagdrennen, das darin bestand, auf einem in die Fluth hineinragenden Mastbaume schreitend, eine am Ende angebrachte Fahne zu erreichen. Gar komisch waren die Situationen, in welche einzelne Swimmer geriethen, wenn sie die Stange entlang laufend das Gleichgewicht verloren und nun mit Rock und Hut, Glacéehandschuhen und Stulpstiefeln in die Fluthen purzelten. Dem Jockey-Klub folgte eine „Kaffee-Gesellschaft", als Damen aufgeputzte Schwimmer, um eine große Bunzlauer Kaffeekanne klatschend; hinter diesen schwamm eine grüne Insel, in deren Schilf eine dunkelgrüne Froschgesellschaft sich niedergelassen hatte und abwechselnd in langen Sprüngen in die Fluthen huschte. Ein anderes Floß brachte einen Trupp Indianer mit buntem Federschmuck, Pfeil und Bogen und tättowirter Haut; sie zu überholen versuchte ein Zug Matrosen, welcher von einem Lootsen geführt, einen die Büste des Generals v. Pfuel tragenden festlich dekorirten Nachen in den Hafen der Anstalt zu bugsiren sich bemühte. Ein anderes Floß diente dem Gott des Weines, Bachus, zur Stütze; man hatte hierzu den dicksten Schwimmer ausgesucht. Er ließ sein Triumphfaß durch vier Panther ziehen und wurde von einer Anzahl Bachanten umgeben; übrigens zeigte er, nachdem er seine Rolle ausgespielt, daß er ein ebenso gewandter als kühner Schwimmer war. Ein Zug Militärschwimmer, der sich schon durch überaus regelrechtes, geschlossenes und wohlgeschultes Zusammenhalten auszeichnete und darthat, daß selbst im Wasser Reih und Glied innegehalten werden kann, so wie ein Boot mit freundlichen Helfern, die sich der Müden und Durstigen durch einen stärkenden Trunk annahmen, bildeten den Schluß des Zuges.

— Auch auf dem Kontinent giebt es Orte, wo ein Zeitungsredakteur im Gebrauche der Waffen zu Schutz und Trutz erfahren sein muß; wie weit aber die Zustände noch einer Ausbildung fähig sind, davon geben uns die Annalen der amerikanischen Presse merkwürdige Beispiele. Der „Sentinel" in Vicksburgh (Missouri) wurde im Jahre 1837 von Dr. Hagon übernommen. Alsbald gerieth der neue Redakteur mit seinem Kollegen vom „Whig" in die Haare und focht ein Duell mit ihm, dem eine Menge „freier Kämpfe" ohne Sekundanten und andere Umständlichkeiten mit Anderen auf der Straße folgten. Er fiel auch später in einem großen Straßenkampf, von der Kugel eines Feindes durchbohrt. Einer seiner Sub-Redakteure folgte ihm in der Redaktion und starb ausnahmsweise am gelben Fieber. Dessen Associé Dr. Hall, als Duellant von Profession bekannt, starb an den Folgen einer schweren Wunde, die er in einem Zweikampf davon getragen. Der nächste Redakteur, James Ryon, wurde von dem Redakteur des „Whig" erschossen. Ihm folgte Walter Hickey, der auch seinem Mann im Kampfe stand. Er tödtete Dr. Macklin, einen Redakteur der Gegenpartei, und theilte später dessen Schicksal. Der nächste Regent des „Sentinel" war ein Mann des Friedens, da er indessen sich ebenfalls Freiheiten des Ausdrucks bediente wie seine Vorgänger, so mußte er gelegentlich im Gefängnisse „brummen". Ihm folgte Mr. Jenkins, der im „freien Kampfe" ein frühes Ende fand. Sein Mörder kam auf dieselbe Weise ums Leben. Der nächste auf dem Redakteurstuhl des „Sentinel" endete durch Selbstmord; er sprang in den Mississipi. William Roy, der seinen Platz nach ihm füllte, kämpfte wacker wie seine Vorgänger, focht manches Duell und manchen Strauß in der Straße und wurde bei einem Auflaufe von seinem Buchhalter ermordet.

Lokales.

— **Zur Reichstagswahl.** Das „Deutsche Wahl-Comité für den Kreis Thorn" hat „an die Wähler des Kreises Thorn" folgende Ansprache erlassen:

„Eine am 26. Juli cr. in Thorn stattgehabte öffentliche Versammlung deutscher Wähler hat sich einstimmig für die Wiederwahl des Herrn

Justizrath Dr. Meyer in Thorn

zum Abgeordneten des Wahlkreises Thorn-Culm für den Reichstag des norddeutschen Bundes ausgesprochen; in demselben Sinne a. 27. Juli in Culm eine Versammlnng des Culmer Kreises.

Das von der Thorner Versammlung bestellte Comité fordert dem ihm gewordenen Auftrage entsprechend, alle deutschen Wähler der Stadt und des Kreises Thorn auf, ihre Stimmen auf den Herrn Justizrath Dr. Meyer zu vereinigen."

— **Zum Reformverein für die Provinz Preußen.** Wie sehr dieser Verein mit Rücksicht auf die sich selbst gestellte Aufgabe geeignet ist, alle Fraktionen der liberalen Partei zu gemeinsamer Thätigkeit im Interesse der von ihm in Aussicht genommenen inneren Reformen zu einigen, erweist auch nachfolgende Auslassung von Schulze-Delitzsch aus seiner Rede, welche derselbe im Berliner Wahlverein der Fortschrittspartei gehalten hat. Vergleicht man diese Auslassung mit der bekannten Aufgabe des Reformvereins, so erhellt unzweideutig daß die national-liberale Fraktion, wie ihr wol zum Vorwurf gemacht wird, das Programm von 1861 mit nichten ad acta gelegt habe. Schulze-Delitzsch sagt nemlich: „Man hat uns (der Fortschrittspartei) vorgeworfen, daß unser Programm veraltet sei — im Gegentheil, Manches darin eilt der Zeit noch sehr voraus; es sind ewig wahre Grundsätze in dem alten Programm der Fortschrittspartei, als noch lange Zeit zu erstrebende Ziele niedergelegt. Es ist die sociale Frage in demselben berührt, es ist Gewicht darauf gelegt, daß wir mit der Bildung und Hebung der Massen beginnen müssen. Die Gemeinde, die Volksschule, das sind die mächtigen Hebel, mit denen wir operiren müssen, um zu gesunden staatlichen Zuständen zu gelangen. Diese humane Seite unserer politischen und sozialen Bestrebungen ist der Vorzug des deutschen Volkes. Unsere westlichen Nachbarn machen Revolutionen auf Revolutionen und das Resultat ihrer großen Volksbewegungen ist, daß sie aus der Republik in den Despotismus hineinstürzen, weil bei ihnen die humane Bildung der Massen nicht Schritt gehalten hat mit den großen Forderungen ihrer Revolutionen. Darum entbehrt auch bei ihnen das allgemeine gleiche Wahlrecht des wichtigsten Fundaments, — der allgemeinen Volksbildung. Dieser Theil des Fortschrittsprogramms ist also nicht veraltet, er ist ewig jung." — Die Durchführung dieser „ewig wahren Grundsätze" hat sich der Reformverein zur Aufgabe gestellt.

— † **Turnverein.** In der General-Versammlung am 8 d. erstattete Herr Gymnasial-Oberlehrer Böthke Bericht über das Marienwerderer Turnfest, dessen erfreulicher Verlauf bereits in diesem Blatte geschildert worden ist. Der interessante Vortrag gab zu einigen Seitenblicken auf unsern Verein Veranlassung, welche diesen gerade nicht im günstigsten Lichte erscheinen ließen. Während sich in mehreren kleinen Städten unserer Provinz, ganz besonders in Pr. Stargardt, der Turnbetrieb äußerst lebhaft zeigt, vermißt man bei uns, trotz aller Bemühungen des Vorstandes neue Kräfte heranzuziehen und die Mitglieder zu regelmäßigem Ueben anzuhalten, den rechten, freudigen Eifer zur Sache. Dies mag zum großen Theil daran liegen, daß der active Theil des Vereins fast ausschließlich aus den allzu unbeständigen Elemente ganz junger Leute, besteht, und sich ältere Leute, die doch bei Begründung des Vereins einen ansehnlichen Zuschuß bildeten, ganz zurückgezogen haben. In Marienwerder sah man Männer von über 40 Jahren die schönsten Kraftübungen am Reck und Barren machen, ein Zeichen, daß an andern Plätzen die Lust zum Turnen nicht mit dem fünf und zwanzigsten Jahre aufhört.

Es wurde beschlossen am Sonntag, den 11. d. M. eine Turnfahrt nach Niedermühl zu machen, und die Hoffnung ausgesprochen, daß sich auch Freunde der Turnsache, und besonders die passiven Mitglieder mit ihren Familien betheiligen möchten. Die Rückkehr erfolgt mit dem Abendzuge.

— **Kirchliches.** Der Magistrat hat als Patron Herrn Predigt-Amts-Kandidaten und Religionslehrer Gonell zum Pfarrer der neust. evangel. Kirche gewählt.

— **Aus Polen** bringt die „Gaz. Tor." folgende interessante Notiz: Die Enthaltsamkeit vom Genuß spirituoser Getränke hatte sich jahrelang unter den dortigen Bewohner, zumal unter dem Landvolke in Wirkung der Bemühungen der Geistlichkeit sehr ausgebreitet, weicht aber jetzt der ungebundensten Trunksucht. In den Flecken und Dörfern eröffnet jeder, der dazu Lust hat, einen Branntweinschank, gleichviel ob mit oder ohne Konsens, auf diesen wird nicht gerücksichtigt wenn nur der Konsum des Branntweins dem Gouvernement eine reiche Steuer abwirft. Die Russischen Behörden sehen es nicht mal gerne, wenn Jemand wegen Ausschanks ohne Consens denunzirt wird, da die Strafe hiefür nur 10 Rubel beträgt, der Ausschank ohne Konsens aber mehr Steuer abwirft. Die Stimme der Geistlichkeit von der Kanzel gegen das besagte Laster muß dem fiskalischen Interesse gegenüber schweigen und die von tausend Versuchungen umgebenen und von jedem Zügel freien Landleute, verlieren ihre Habe, ihre Gesundheit und ihr Leben durch Branntwein. In einem benachbarten Städtchen waren vor 2 Jahren nur 16 Schankstellen, jetzt sind deren 37!!! Mutgmaßlich wird diese Thatsache als ein Fortschritt in der kommerziellen und gewerblichen Sphäre erachtet.

— **Zur Weichselüberschwemmung.** Nachstehender Bericht der „Spen. Ztg." über eine Nachwirkung des gedachten Naturereignisses dürfte zur Zeit noch kein bloß chronikales Interesse haben, sondern auch gegenwärtig noch, wenngleich in ihm auch Bekanntes enthalten ist, die Kenntnißnahme desselben für die Leser u. Bl. nicht werthlos sein. Der Bericht giebt nemlich gleichzeitig indirekt einen Beitrag, freilich einen wenig erfreulichen, zur Charakteristik der Kulturstufe, welche die Anwohner der Weichsel erreicht haben. Besagte Zeitung bringt Folgendes:

„Das in der Mitte Juli durch die anhaltenden Regengüsse in Galizien eingetretene Hochwasser der Weichsel ist auch den auf der Weichsel zwischen Thorn und der Brahemündung (Langenau) lagernden kiehnenen und eichenen Nutzhölzern sehr verderblich geworden. Dieselben lagern in der Regel seit Wochen und Monaten, bis sie in den Bromberger Kanal eingeflößt werden können. Derselbe bedarf in seinen älteren Schleusen dringend der Verbesserung, und sind auch schon seit längerer Zeit Projekte zur Kanalisirung der Brahe und zur Anlage eines Hafens an der Weichsel bearbeitet worden, um die Uebelstände zu beseitigen, die durch das lange Lagern der Hölzer vor der Einflößung in den Kanal zumal bei eintretendem Hochwasser unabwendbar sind. Diesmal lagerten auf der Weichsel Hölzer über 1 Million Thaler an Werth für Rechnung von verschiedenen Berliner und Stettiner Holzhändlern. Das ungewöhnliche Hochwasser riß, aller vorher angebrachten Befestigungen ungeachtet, fast zwei Drittheile der Hölzer mit sich fort, welche über die Brahemündung hinaus in der Richtung auf Schwetz und Graudenz, ja bis Marienwerder durch den heftigen Strom weggetrieben, nach einigen Tagen aber an die Ufer der Weichsel und auch weiter herauf aufs Land getrieben wurden. Die Betheiligten klagen darüber, daß die Böswilligkeit von Uferbewohnern den ihnen durch das Naturereigniß erwachsenen Schaden noch vergrößert hat. Letztere sollen die zu Flößen zusammengefügten Hölzer ihres Verbandes, der durch Querhölzer hergestellt wird, zum Theil beraubt haben; ja als die Eigenthümer der Hölzer durch ein Dampfschiff aus Warschau die über die Brahe hinausgetriebenen Hölzer stromauf wieder zur Brahemündung zurückbringen ließen, sollen sie hinter dem Dampfschiffe hergefahren sein und die Taue durchhauen haben, wodurch die Hölzer sich wieder loslösten. Im Bromberger Kreise nahmen sich die Behörden der Eigenthümer lebhaft an, im Regierungsbezirk Marienwerder hatte ihre Bitte um militärischen Beistand bis jetzt keinen Erfolg. Die an den Ufern zerstreuten Hölzer lösten die Eigenthümer durch Vergütung von Bergelohn ein. Das Landrathsamt zu Schwetz hat aber durch das Kreisblatt bekannt gemacht, daß dem Finder der zehnte Theil der gestrandeten Hölzer gewährt werden solle. Dadurch sind neue Weiterungen entstanden. Die Eigenthümer verweigern nicht eine billige Vergütung gegen Herausgabe der Hölzer, aber sie stellen in Abrede, daß diese Hölzer als ein Fund angesehen werden können. Denn dieselben sind durch die Gewalt des Wassers, und zwar auf einer öffentlichen Wasserstraße, fortgetrieben worden und alle mit den Anfangsbuchstaben des Vor- und Zunamens des Eigenthümers bezeichnet. Die Eigenthümer befinden sich in Folge dieser Hindernisse, die ihnen bei Rettung ihrer Hölzer in den Weg gelegt werden, in einer höchst peinlichen Lage und haben sich in den letzten Tagen zur Abhülfe an das Staatsministerium gewendet. Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin unterstützten ihr Gesuch auf das Dringenste, da es sich hier um ein sehr wesentliches Interesse der Berliner Geschäftsthätigkeit handelt."

— **Lotterie.** Bei der am 8. August beendigten Ziehung der 2. Klasse 136. Königl. Klassen-Lotterie fiel 1 Gewinn von 600 Thlr. auf 86,119 und 3 Gewinne zu 100 Thaler fielen auf Nr. 3159, 14,374 und 89,010.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 9. August. Temp. Wärme 10 Grad. Luftdruck 28 Zoll — Strich. Wasserstand 6 Fuß 8 Zoll.
Den 10. August. Temp. Wärme 12 Grad. Luftdruck 28 Zoll 1 Strich. Wasserstand 6 Fuß 4 Zoll.

Inserate.

Den Herren Offizieren, Kameraden, Freunden und Bekannten, welche heute meiner verstorbenen, theuren Frau zu ihrer letzten Ruhestätte das Geleite gegeben haben, sage ich hiermit meinen innigsten Dank.

Thorn, den 8. August 1867.

Schmidt, Sergeant.

Bekanntmachung.

Der Abputz und Oelfarbenaustrich des hiesigen Königl Bank Gebäudes, veranschlagt auf 108 Thlr. resp. 285 Thlr., soll in Submission vergeben werden. Unternehmer werden ersucht, ihre Offerten bis zum 12. d. Mts. bei mir abzugeben. Anschlag und Bedingungen liegen in meinem Büreau zur Ansicht bereit.

Thorn, den 8. August 1867.

In Vertretung des Kreisbaumeisters
der Baumeister **Ulrich.**

Schlesinger's Garten.

Sonnabend, den 10. August cr.

2. Abonnement, 4. Concert

von der Kapelle des 61. Inf.-Regts.
Anfang 6½ Uhr.
Entree à Person 2½ Sgr.
Programme an der Kasse.

Abonnement-Billets sind bei Herrn **L. Grèe** zu haben.

J. Schlesinger.

Ziegelei-Garten.

Sonntag, den 11. August cr.

Grosses Brillant-Feuerwerk,

Aufsteigen eines Luftballons und

grosses-Concert

ausgeführt von der Kapelle des 8. Pomm. Inf.-Regmts. Nr. 61.
Anfang 5 Uhr.

Billets à Person 3 Sgr. sind vorher bei Herrn **L. Grèe** zu haben. Kinder 1 Sgr. Entree an der Kasse 5 Sgr. Das Nähere die Zettel.

M. Bon.
Kgl. preuß. concess. Feuerwerker

Sonntag, den 11. August



CONCERT

im goldenen Löwen auf der Mocker.
Entree 1½ Sgr. Anfang 4½ Uhr.



Sonntag, den 11. cr.
Turnfahrt nach **Niedermühl.**
Abmarsch 1 Uhr vom Brückenthor.
Rückweg per Bahn.

Nachdem ich durch Testament die alleinige Erbin meines verstorbenen Mannes des Justiz-Rath **Rimpler** geworden bin, fordere ich alle diejenigen, welche mit Gebühren-Zahlungen im Rückstande sind, hiermit auf, die Zahlungen an mich **binnen acht Tagen** zu leisten, da ich andernfalls Klage anzustellen genöthigt bin.

Die verwittwete Justiz-Räthin
Minna Rimpler.

Dem geehrten Publikum zeige ich ergebenst an, daß, nachdem ich die Conzession als Gesindevermiether und Lohndiener erhalten habe, Inspektoren, Gärtner, Hausknechte, Kutscher 2c. jederzeit nachweisen kann. Um geneigte Aufträge ersucht ergebenst

G. R. Gildisch,
Bäckerstr. Nr. 167.

Der v. d. hies. Reg.-Kapelle gespielte und so beliebte **Pariser Einzugs-Marsch** und **York-Marsch** von Beethoven, Preis 5 Sgr., ist wieder eingetroffen bei **E. F. Schwartz.**



Ein 9füß. Billard mit Löchern ist zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.



Trockene eichene und ellerne Bohlen verkauft

Ww. **Witt** in Gurske.

Auf der Bromberger Chaussee ist ein Sack mit ca. einem Scheffel Roggen gefunden. Gerechte Straße Nr. 95 abzuholen.

Verschiedene Möbel-, Haus- und Küchengeräthe sowie ein Waschkessel und Kinderwagen sind Gr. Gerberstr. 277 sofort zu verkaufen.

Engl. Matjes-Heeringe, feinsten Wein- u. Naturel-Mostrich s. w. Dampf-Caffees in versch. Sorten empfiehlt

F. Raciniewski,
Neustädter Markt.

Ein braunes militärfrommes Reitpferd, 11 Jahre alt, mit oder ohne Sattelzeug, steht zum Verkauf Kleine Gerberstraße Nr. 20.

Feinstes Salon-Petroleum

à 4½ Sgr. pro Quart empfiehlt

L. Sichtau.

Harzer Tafelkäschen, Sardellen, Sardinen à l'huil russ. Sardinen, bei

F. Raciniewski,
Neustädter Markt.

Ich bin Willens noch einen dritten großen Laden mit Schaufenster in meinem Hause sogleich einzurichten. Näheres darüber b. **Herm. Lilienthal.**

Die bisher vom Herrn Hauptmann **Melcher** bewohnte Bell Etage ist vom 1. Oktober zu beziehen Bäckerstraße Nr. 250/51.

Ein freundlich möblirtes Zimmer mit Beköstigung ist zu haben Gerechtestraße Nro. 115/116.

In meinem Hause Araberstr. Nr. 126 sind noch Wohnungen zu vermiethen.

S. Hirschfeld.

Wohnungen sind zu vermiethen Kleine Mocker **C. Schäfer.**

1 möblirtes Parterre-Zimmer sogleich zu vermiethen Butterstraße 144.

1 freundl. Familienwohnung zu verm. Auskunft ertheilt **Jacob Heymann.**

2 kleine Wohnungen sind zu vermiethen Kleine Gerberstraße Nr. 74.

Eine möbl. Stube verm. **Sztuczko.**

Möbl. Zimmer vermiethet **W. Henius.**

Kirchliche Nachrichten.

In der altstädtischen evangelischen Kirche.

Getauft: Den 4. August Paul Adolph Julius, S. d. Feilenhauermstr. Seepolt; Maria Therese, T. d. Arb. Tilsner; Helene Maria, eine unehel. T.; d. 7. Julius Wilhelm und Paul Waldemar, ein unehel. Zwillingspaar.

Gestorben: Den 3. August Julie Emma, T. des Schuhmachermeister Scheibel, 3 J. alt, an Scharlachbräune; d. 5. Johann, ein unehel. S., 7 M. alt, an der Auszehrung.

In der St. Johannis-Kirche.

Getauft: Den 28. Juli Marianna Margarethe, T. d. Fuhrwerksbes. Regenkowski; d. 4. August. Hedwig, T. d. Schneidermstr. Guzewski.

Gestorben: Den 24. Juli Marianna Gohl, 24 T. alt, an Krämpfen; d. 29. die Victualienhändlersfrau Kusikowska, 32 J. alt, an der Halsschwindsucht; d. 7. August Maria, d. Schuhmachermstr. Paulke, 2 J. alt, am Halsgeschwür; d. 8. Wladislaw, S. d. Schuhmachermstr. Michalski, 4 J. alt, am Scharlach.

In der neustädtischen evangel. Stadt-Gemeinde.

Getauft: Den 2. August Carl Alexander Alfred, S. d. Brennerei-Inspektor Köster; d. 4. Oskar Richard, S. d. Landbriefträgers Treichel.

Gestorben: Den 5. August Carl Alexander Alfred, S. d. Brennerei-Inspektor Köster, 29 T. alt, an Krämpfen; d. 7. Rudolph Alexander, S. d. Restaurateurs Platte, 5 M. alt, an der Auszehrung.

In der St. Georgen-Parochie.

Getauft: Den 4 August Julius Ernst, S. d. Einw. Pretzlaff in Neumocker B. C.; August Julius, S. d. Eigenth. Braun in Neuweißhof.

Getraut: Den 8. August der Kanzlist Bischof mit Jungfr. Schekel in Altmocker.

Gestorben: Den 1. August Paul Carl Eduard, S. d. Schiffsbaumeisters Gannott, 2 M. alt, an Krämpfen; die Unverehelichte Teske aus Grühnführ, 29 J. alt, am Erbrechen; d. 4. der Privatschreiber Hartmann, 26 J. alt, an der Bauchwassersucht.

Es predigen:

Am 8. Sonntag nach Trinitatis, den 11. August cr.

In der altstädtischen evangelischen Kirche.

Vormittags Herr Pfarrer Gessel.
Nachmittags Herr Superintendent Markull.

In der neustädtischen evangelischen Kirche.

Vormittags Herr Pfarrer Schnibbe.
Militärgottesdienst, 12 Uhr Mittags, Herr Garnisonprediger Eilsberger.
Nachmittag fällt die Andacht aus.
Mittwoch, den 14. August Abends 6 Uhr Bibelstunde Herr Pfarrer Schnibbe.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck** (in Vertretung **Carl Marquart.**) — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**